

Anreiz für Fachkräfte
im Berliner Handwerk
Meisterbonus als attraktive Prämie
im Handwerkerberuf eingeführt
Seite 2

Drei Waffen- und Messer-
verbotszonen in Kraft
Görlitzer Park, Kottbusser Tor
und Leopoldplatz sicherer
Seite 7



Liebe Nachbarn,

zwei Jahre sind nun vergangen, seit ich als Ihr direkt gewählter Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus tätig bin. Aus diesem Anlass möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken – für Ihre zahlreichen Anregungen, Hinweise und den offenen Austausch, die dazu beitragen, unsere Kieze lebenswerter zu gestalten.

Oft war es zunächst erforderlich, Klarheit in bestimmte Sachverhalte zu bringen. Deshalb habe ich in den vergangenen zwei Jahren 28 schriftliche Anfragen im Abgeordnetenhaus gestellt und mich im Petitionsausschuss intensiv mit zahlreichen Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern befasst.

Einige Themen konnten schnell geklärt und umgesetzt werden. Bei anderen bin ich hingegen auf ausufernde Bürokratie und zögerliches Handeln gestoßen. Doch das hält mich nicht davon ab, dranzubleiben, nachzuhaken und mich beharrlich für Verbesserungen einzusetzen. Denn Beharrlichkeit ist eine Grundvoraussetzung, um in der Politik echte Veränderungen zu erreichen.

Ich freue mich weiterhin über Ihre Ideen und Anliegen für unsere Kieze. Besuchen Sie gerne meine Bürgersprechstunden, um direkt mit mir ins Gespräch zu kommen. Die aktuellen Termine, Orte, Themen sowie eingeladene Gäste finden Sie rechtzeitig auf meiner Internetseite: www.martin-sattelkau.de.

Ihr
Martin Sattelkau
Martin Sattelkau
Ihr Abgeordneter für
Altstadt/Kietz, Allende-Viertel,
Wendenschloß, Müggelheim

klartext

zur Stadt, Ihrem Kiez & dem Berliner Parlament

Zeitung der CDU-Fraktion Berlin | März 2025

NEU
Kiez-Ausgabe
Altstadt/Kietz,
Allende-Viertel,
Wendenschloß und
Müggelheim
im Innenteil



Foto: istock/Valerii Apetroaiei

Frühlingserwachen in Berlin

Der Frühling ist die schönste Zeit!
Was kann wohl schöner sein?
Da grünt und blüht es weit und breit
Im goldenen Sonnenschein.
Unbekannt (Annette von Droste-Hülshoff zugeschrieben)

Bezahlbares Wohnen: Mehr als 5000 Sozialwohnungen genehmigt

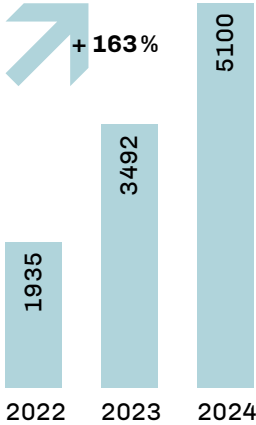
Wichtiges Etappenziel erreicht, damit Wohnen bezahlbar bleibt

Gute Nachricht für Berlins Mieter: Erstmals seit Jahren wurden in Berlin wieder mehr als 5000 Sozialwohnungen genehmigt (2023: 3492, im Jahr 2022: 1935). Dieser Erfolg geht auf die Aufstockung der Fördergelder durch die CDU geführte Koalition zurück. Damit konnte eines der ehrgeizigsten wohnungspolitischen Ziele Berlins erreicht werden. Bauherren erhalten die staatlichen Gelder unter der Bedingung, dass sie neuen Wohnraum zu einer Miete zwischen 6 Euro bis 11,50 Euro je Quadratmeter schaffen. Die Sozialbindung ist auf 30 Jahre begrenzt.

Bedarf ist gewachsen

Mit der Förderinitiative soll dem Rückgang bei Sozialwoh-

Genehmigungen von Sozialwohnungen



nungen entgegenwirkt werden, da hier die Sozialbindung ausgelaufen war. Ihre Zahl ist Ende 2023 auf knapp 100.000 gesunken, der Bedarf aber gleichzeitig gewachsen.

Einer der Gründe für den anhaltenden Wohnungsman-

gel, vor allem aber für fehlende bezahlbare Wohnungen: Unter Verantwortung der Linken im Senat wurde in den Jahren zuvor viel zu wenig in Berlin gebaut. Das hat den Druck auf den Berliner Mietenmarkt erheblich erhöht.



Errichtung von rund 900 Wohnungen in Spandau – rund die Hälfte davon mit Mietpreis- und Belegungsbindungen

Foto: IMAGO/Schöning

RICHTFEST
176 m

Höhe, 45 Etagen und eine Skybar wird der Estrel Tower haben

Seite 4

**INFO —
GRAFIK**

**Mehr Sauberkeit
für Berlin**

So steigert die Berliner Stadtreinigung die Lebensqualität in unserer Millionenmetropole

Seite 3

Berlins Mietpreisprüfstelle ist jetzt am Start

Wie Berliner ihre Mietkosten überprüfen lassen können

Die Miete kommt Ihnen zu hoch vor? Womöglich sogar um mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete, siehe Mietspiegel? Dann lohnt sich eine Überprüfung. Hilfe bekommen betroffene Berliner ab sofort bei der Mietpreisprüfstelle. Die Einrichtung nahm Anfang März ihre Arbeit auf.

Wird die Mietpreisbremse eingehalten?

Dort können Berliner Mietforderungen dahingehend checken lassen, ob sie dem gesetzlichen Rahmen



Schlüssel zu fairen Mieten ist die Mietpreisprüfstelle

Foto: IMAGO/Wolfilser

der bundesweiten Mietpreisbremse entsprechen. Danach darf die ortsübliche Vergleichsmiete grundsätzlich nur um höchstens zehn Prozent überschritten sein. Sonst liegt ein Verstoß gegen die Mietpreisbremse vor.

Übersteigen Mietforderungen die ortsüblichen Vergleichsmieten sogar um mehr als 20 Prozent spricht man von einer Mietpreis-Überhöhung. Diese wird als Ordnungswidrigkeit des Vermieters mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet. Zuständig für die Verfolgung sind die bezirklichen Wohnungsämter.

Kontakt zur Mietpreisprüfstelle

Telefon: 030 213 007 302

Sprechzeiten: Mo., Mi., Fr. 9 bis 12 Uhr und Di., Do. 14 bis 17 Uhr

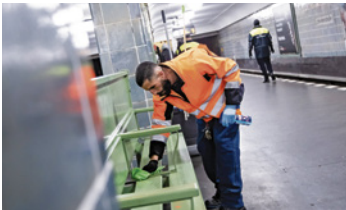
Öffnungszeiten: Di. 15 bis 18 Uhr, Mieterberatung Prenzlauer Berg, Schönhauser Allee 59, 10437 Berlin
Do. 14 bis 17 Uhr, Beratung/Hauptgeschäftsstelle asum GmbH, Thauerstraße 30D, 10249 Berlin

Faire Mieten, besserer Mieterschutz

Mit diesem neuen Beratungsangebot erfüllt sich eine langjährige Forderung der CDU-Fraktion. Ein sinnvoller Beitrag für faire Mieten und besseren Mieterschutz.

Mehr Sauberkeit in U-Bahnen

Eine saubere Sache für Berlin: Die erfolgreichen Reinigungsstreifen auf der U-Bahnlinie 8 sind nach BVG-Angaben jetzt ausgeweitet worden. Mit Schrubber und Feger wird nun auch auf den Linien U7 zwischen den Stationen Neukölln und Yorckstraße und der U5 zwischen Alexanderplatz und Lichtenberg geputzt. Finanziert wird das durch Optimierung des BVG-Budgets.



Reinigungstreife und Security in einem Bahnhof der U8
Foto: IMAGO/Emmanuele Contini

Geld für Digitales an Berlins Schulen

Berlins Schulen sollen bis 2030 für den digitalen Ausbau wie die Anschaffung neuer Computer 125 Millionen Euro aus dem DigitalPakt Schule des Bundes erhalten. Der Förderung muss die neue Bundesregierung noch formal zustimmen.



Schüler lernen mit Nutzung von digitalen Endgeräten
Foto: IMAGO/Berlinfoto

Erinnerung an die Versöhnungskirche

Mit einem Gottesdienst wurde der Sprengung der Versöhnungskirche am 22. Januar 1985 in der Bernauer Straße gedacht. Das Gotteshaus nahe dem damaligen Todesstreifen hatte hohen Symbolwert und war dem SED-Regime ein Dorn im Auge. Nach Unterlagen wurde damit zugleich der Wunsch der DDR-Grenztruppen nach einem besseren Überblick des Grenzstreifens und einem freien Schussfeld erfüllt.



Kapelle der Versöhnung: Errichtet auf dem Gelände des ehemaligen Grenzstreifens an dem Ort, wo einst die Versöhnungskirche stand
Foto: IMAGO/imagebroker

Meisterbonus: Anreize für das Handwerk

Mit attraktiver Prämie klugen Köpfen und Fachkräften Anreize bieten



Handwerk mit goldenem Boden sucht händeringend Meister und Fachkräfte Foto: IMAGO/Zoonar

Ein gutes und lebendiges Handwerk tut Berlin gut. Deshalb ist es wichtig, im Wettkampf um Fachkräfte die geschicktesten Hände und die besten Köpfe für unsere Stadt zu begeistern. Ein Anreiz, um Menschen zur Ergreifung eines Handwerksberufes zu bewegen, ist der neue Meisterbonus.

Was ist der Meisterbonus?

Der Meisterbonus ist eine finanzielle Prämie für Handwerkerinnen und Handwerker, die ihre Meisterprüfung erfolgreich abgelegt haben. In

Insgesamt bis zu

6000 €

Prämie warten nach erfolgreich abgelegter Meisterprüfung.

anderen Bundesländern gibt es solche erfolgreichen Prämien bereits und Berlin zieht nun nach. Insgesamt 5000 Euro Bonuszahlung können frischgebackene Meister zurückbekommen. Damit soll nicht nur der Anreiz zur Weiterbildung erhöht, sondern auch die finanzielle Belastung durch die Meisterschule abgedeckt werden.

Jungmeisterinnen bekommen mehr

Für Jungmeisterinnen, die ihre Meisterprüfung in einem von Männern gepräg-

ten Handwerksberuf bestanden haben, zum Beispiel als Dachdeckerin, gibt es sogar nochmal 1000 Euro extra. So sollen mehr Frauen angeregt werden, sich für eine Karriere im Handwerk zu entscheiden.

CDU-Fraktion zufrieden

Die CDU-Fraktion Berlin begrüßt, dass ein solcher Bonus auch in der Hauptstadt eingeführt wurde, um dem Fachkräftemangel im Handwerk entgegenzuwirken. Schon lange hatte sie sich dafür eingesetzt und nun in Regierungsverantwortung wurde geliefert. So heißt es aus der Fraktion, dass wer sich für eine Karriere im Handwerk entscheide und die Meisterprüfung bestehe, Anerkennung verdiene – und eine finanzielle Unterstützung. Es brauche in der Zukunft mehr Meisterinnen und Meister, die später selbst ausbilden würden und Betriebe gründen.

Zur richtigen Zeit

Die hohen Kosten der Meisterausbildung – oft mehrere Tausend Euro – waren tatsächlich in der Vergangenheit für Viele eine Hürde, die nun überwunden sein könnte. Der Meisterbonus kommt zur richtigen Zeit. Viele Berliner Betriebe kämpfen mit Nachwuchsproblemen, insbesondere in den Bereichen Bau, Sanitär und Elektro. Die Lage könnte sich nun deutlich verbessern.

Startgeld für mehr Wertschätzung von Pflegefamilien

Berlin führt elterngeldähnliche Leistung für Pflegefamilien ein

Die CDU-Fraktion Berlin möchte Pflegekindern einen bestmöglichen Lebensweg ermöglichen und unterstützt daher die Einführung des Startbonus Pflegekind durch den Berliner Senat. Die einmalige finanzielle Unterstützung soll Pflegefamilien entlasten und den Kindern helfen.

Berlin folgt damit dem Beispiel anderer Bundesländer, die bereits ähnliche Programme eingeführt haben. Ziel ist es, die Bereitschaft zu erhöhen, ein Kind in Obhut zu nehmen – denn der Mangel an Pflegeeltern ist in der Hauptstadt weiterhin groß.

Nachfrage übersteigt Angebot

In Berlin leben viele hundert Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien, doch die Nachfrage übersteigt das Angebot bei weitem. Immer wieder wird berichtet, wie schwierig es ist, ausreichend geeignete Pflegeeltern zu finden. Die Gründe sind vielfältig: Bürokratische Hürden, finanzielle Unsicherheiten und die hohe Verantwortung



Spielen erfreut diesen Jungen, der Bonus die Pflegeeltern
Foto: IMAGO/Zoonar

schrecken viele potenzielle Pflegeeltern ab.

Ein Pflegekind aufzunehmen, ist eine große Aufgabe – sowohl emotional als auch finanziell. Viele Familien möchten helfen, doch die anfänglichen Kosten sind oft eine Hürde. Hier setzt nun der neue Startbonus an.

Was ist der Startbonus Pflegekind?

Seit dem 1. Januar 2025 erhalten neue Pflegefamilien eine zusätzliche monatliche Unterstützung von 924 Euro für jedes aufgenommene Kind im Vorschulalter. Der Startbonus wird zusätzlich zu den bestehenden Leistungen gewährt.

Startbonus ist der richtige Schritt

Es ist richtig, Pflegefamilien mehr Wertschätzung entgegenzubringen und den Kinderschutz zu stärken. Mehr Pflegefamilien sind gut für die Kinder und gut für die Berliner Finanzen, denn eine Unterbringung außerhalb einer Pflegefamilie kostet ein Vielfaches mehr.

Mehr Sauberkeit für Berlin

So steigert die Berliner Stadtreinigung die Lebensqualität in unserer Millionenmetropole

Saubere und gepflegte Straßen beeinflussen nicht nur das äußere Erscheinungsbild unserer Stadt. Dazu hat die CDU-Fraktion viele Initiativen durchgesetzt. Ziel: Für ein positives Image und ein angenehmes Wohn- und Arbeitsumfeld sorgen und einen wichtigen Beitrag zur verbesserten Sicherheit und zum Umweltschutz leisten.

Jeden Winter: Die BSR verantwortet den Winterdienst auf Fahrbahnen, Radwegen und auf ca. **58.000 Fußgängerüberwegen** mit einer **Gesamtleistung von 109.000 Streukilometern**. In den Streugutlagern wurden bevorrätet:

- 13.000 t Salz
- 2000 m³ Sole
- 5000 t Splitt.

109.000
Streukilometer

Erhöhte Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger

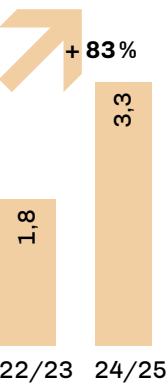
Straßen sind die Lebensadern unserer Stadt. Die BSR-Straßenreinigung sorgt für ein angenehmes und sicheres Umfeld für alle Verkehrsteilnehmer und Anwohner.

Sperrmüllentsorgung durch „BSR-Kieztage“ und Entfernung von Graffiti

Gemeinsam mit den Bezirksämtern bietet die BSR überall in Berlin Kieztage an: kostenfrei Sperrmüll entsorgen, gutes Gebrauchtes tauschen und verschenken. Die finanziellen Mittel wurden für die **Gesamtstrategie „Saubere Stadt“** im neuen Berliner Haushalt für 2024 und 2025 um je 1,5 Mio. Euro auf jetzt **3,3 Mio. Euro** erhöht. In 2024 fanden z.B. in Reinickendorf 16 Kieztage statt. Dabei wurden tonnenweise Sperrmüll gesammelt. Ein Teil davon konnte einem integrierten Tausch- und Verschenkenmarkt weitergegeben oder über „NochMall“ – das Gebrauchtwarenkauflager der BSR in Reinickendorf wiederverwendet werden. Alle Infos und Termine: www.bsr.de/meinkieztage.

Die BSR ist mit mehr als **6200** Beschäftigten in **68 Berufsfeldern** das größte kommunale Straßenreinigungs- und Abfallwirtschaftsunternehmen Deutschlands. Es hält mit Berlin eine Fläche sauber, die so groß ist wie München, Stuttgart und Frankfurt am Main zusammen.

Kieztage-Budget in Mio. Euro



Seit 1. Juli 2024: Die Zahl der von der BSR gesäuberten Parks ist von **79 auf jetzt 102 Parks gewachsen**, die Anzahl der geputzten Spielplätze ist von bislang 85 auf nun **135 Spielplätze**, die Waldflächen von bisher 17 auf jetzt **19 Forstreviere** angewachsen. Flächen, die von besonderer Bedeutung für die Stadtsauberkeit sind. Die Erweiterung der BSR-Grünanlagen- und Forstreinigung soll für mehr Sauberkeit, Sicherheit und Lebensqualität sorgen. Rechtsgrundlage für den **Zuwachs von 71,1% bei den Grünanlagen-** und 466,7% bei der Forstreinigung in den letzten Jahren ist die novellierte „Verordnung über die Reinigung von öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen sowie landeseigenen Waldflächen“.

102
von der BSR
gesäuberte
Parks

Elefant
x
6000

Die grünste Metropole in Europa

Rund **36.000 Tonnen** Laub – das entspricht in etwa dem Gewicht von 6000 ausgewachsenen afrikanischen Elefanten oder 19.000 Giraffen – von **über 430.000 Bäumen** sammelt die BSR pro Jahr aus öffentlichem Straßenland und Grünflächen.

Rund **27.000 Abfall-eimer** wurden in 2023 etwa 6,7 Millionen Mal von der BSR geleert, neben knapp **20 Millionen Mülltonnen-Entleerungen**, dazu **231.000 Gullys** gesäubert.

Kehrenbürger-Initiative

Im Jahr 2023 hat die BSR mehr als **800 freiwillige Putz- und Aufräumaktionen** mit **25.000 Teilnehmern** unterstützt.



Neuer Bußgeldkatalog

Jeder illegal abgestellte Müll stellt eine Ordnungswidrigkeit dar. Für z.B. die achtlos fallengelassene Zigarettenkippe (im Jahr 2019 = 2,9 Mrd. Kippen) kann ein Verwarnungsgeld bzw. ein **Bußgeld** verhängt werden, das sich bald erhöht (Sie können dem Ordnungsamt Ablagerungen melden: <https://t1p.de/Meldungen>):

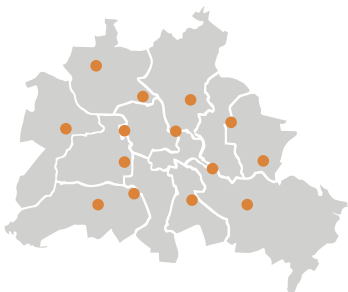
illegaler Müll	Bußgeld	neues Bußgeld
Zigarettenkippe, Kaugummi	80 – 120 €	250 €
Hundekot	ab 55 €	80 – 300 €
Sperrmüll	ab 150 €	4000 €
Altreifen	350 – 800 €	3500 €
Bauabfälle	600 – 25.000 €	25.000 – 65.000 €

42

Etwa 1,7 Millionen Kilometer Fahrbahnen und Gehwege hat die Berliner Stadtreinigung im Jahr 2023 gereinigt – das entspricht einer Strecke, die ungefähr 42 Erdumrundungen gleichkommt. Dabei werden rund **42.000 Tonnen Kehrriecht** zusammengefeht und aufbereitet.

Energie aus Abfall

Das **Müllheizkraftwerk Ruhleben** ist das Herzstück der Berliner Entsorgungssicherheit. Jedes Jahr durchlaufen es **500.000 Tonnen Abfälle**. Das entspricht etwa der Hälfte des in Berlin anfallenden Hausmülls. Die moderne Anlage erzeugt daraus nachhaltig genug **Strom und Wärme zur Versorgung von 5 Prozent der Berliner Haushalte**.



BSR-Recyclinghöfe

Öffnungszeiten:

Mo.–Mi., Fr.	07:00–17:00
Do.	09:30–19:30 Uhr
Sa.	07:00–15:30 Uhr

Charlottenburg-Wilmersdorf	Ilseburger Straße 18–20, 10589 Berlin
Lichtenberg	Fischerstraße 16, 10317 Berlin
Marzahn-Hellersdorf	Nordring 5*, 12681 Berlin
Rahnsdorf	Rahnsdorfer Straße 76, 12623 Berlin
Pankow	Asgardstraße 3, 13089 Berlin
Reinickendorf	Lengeder Straße 6–18**, 13407 Berlin
	Ruppiner Chaussee 341, 13503 Berlin

Spandau	Brunsbütteler Damm 47*, 13581 Berlin
Steglitz-Zehlendorf	Ostpreußendamm 1, 12207 Berlin (Zufahrt über Wiesenweg 5)
Hegauer Weg 17***, 14163 Berlin	
Treptow-Köpenick	Oberspreestraße 109*, 12555 Berlin
Öffnungszeiten:	Mo.–Sa. 07:00–19:00 Uhr
Neukölln	Gradestraße 73***, 12347 Berlin

Öffnungszeiten:	Mo.–Fr. 09:00–19:00 Uhr
Sa.	07:00–14:30 Uhr

Charlottenburg-Wilmersdorf	Berliner Straße 110***, 10713 Berlin
Pankow	Behmstraße 74***, 10439 Berlin

* Gleichzeitig Schadstoffannahmestelle
** Mit Gebrauchtwarennahme zur Weitergabe an die NochMall
*** Rücknahme Laubsäcke

Das können Sie u.a. kostenfrei auf Recyclinghöfen abgeben:

- 3 Kubikmeter Sperrmüll
- 1 Kubikmeter Baum- und Strauchschnitt
- Elektroaltgeräte
- Pappe und Papier
- Energiesparlampen, Leuchtstoffröhren
- max. 20 Kilogramm Schadstoffe pro Abfallart und Tag vorwiegend entgeltfrei an markierten Adressen



Städtereisen:
Berlin zieht an

Das Jahr 2024 war touristisch erfolgreich für Berlin mit 30,6 Millionen Übernachtungen und 12,7 Millionen Besuchern – Platz 1 unter den Städte-reisezielen in Deutschland. Der Anstieg bei Übernachtun-gen betrug 3,4, der bei Besu-chern 5,2 Prozent. 42 Prozent der Berlin-Touristen kamen aus dem Ausland (Top 1: Großbritannien).



Berlin-Touristen mit Trolleys
Foto: IMAGO/Emmanuele Contini

Essen weitergeben statt wegwerfen

Berlin macht mit bei der erstmaligen Aktionswoche „Deutschland rettet Lebensmittel“

Lebensmittel gehören auf den Tisch, nicht in den Müll. Trotzdem landen allein in Berlin durchschnittlich 29 Kilo Nahrungsmittelreste pro Person im Jahr im Müll, so die Daten von Entsorgungs-unternehmen. Die CDU-Frak-tion unterstützt daher Initiati-ven gegen Verschwendung.

Kiez-Kühlschränke für
gerettete Lebensmittel

Auf Initiative von Verbrau-cherschutz-Senatorin Felor Baden-burg werden sich Wirt-schaft, Wissenschaft und verschiedene Initiativen an der Aktionswoche „Deutsch-land rettet Lebensmittel“ be-teiligen. Sie soll erstmals in diesem Herbst Verbraucher

In Berlin
landen
29 kg
Nahrungs-
mittelreste
pro Person
im Jahr
im Müll.

sensibilisieren und dazu bei-tragen, dass weniger wegge-worfen wird.

Beteiligt sein werden neben dem Handel auch lebensmit-telrettende Organisationen wie die Berliner Tafel und die Foodsharing-Bewegung. Nach ersten Plänen sollen bei-spielsweise in Berliner Spä-ties Kühlboxen aufgestellt werden, in denen gerettete Lebensmittel weitergegeben werden.

Halb so viele Abfälle
bis 2030

Das gemeinsame Ziel der Ini-tiatoren ist ehrgeizig: Danach sollen bis 2030 Lebensmittel-abfälle halbiert werden.



Kiezkühlschränke für die Lebensmittel-Weitergabe
Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Richtfest für Berlins ersten Wolkenkratzer

Estrel Tower soll nicht das letzte Hochhaus bleiben

Die Sonne lacht, als der Kran den 800 Kilogramm schweren Richtkranz immer höher in den strahlend blauen Him-mel von Berlin befördert. Der Rohbau des Estrel Towers ist fertig und Berlin hat bald seinen ersten Wolkenkratzer. Mit einer Höhe von 176 Me-tern wird der Hotel-Turm das zweithöchste Gebäude Berlins sein. Nur der Fernsehturm ist höher.

Zum Vergleich: Das Park Inn am Alexanderplatz wird seinen Titel „Höchstes als Hotel genutztes Gebäude Deutschlands“ verlieren, denn es ist „nur“ 125 Meter hoch.

In ganz Europa entstehen
Hochhäuser

In Europa entstehen derzeit über 50 Hochhäuser. Allein elf Projekte sind in der polnischen Hauptstadt Warschau entstan-den oder befinden sich im Bau. Auch in Deutschland werden neue, mutige Hochhauskon-zepte realisiert. Fast alle die-se Projekte übertreffen bisher Berlins höchste Gebäude.

Mehr bauen auf weniger Platz. Das ist auch das Ziel der CDU-Fraktion Berlin, denn mit dem Wachstum Berlins gehen immense He-rausforderungen einher. Die soziale Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Bibliotheken, Stadtteilzentren und Sport-einrichtungen, aber auch die Verkehrs- und grüne Infra-struktur müssen mitwachsen. Die größte Herausforderung besteht jedoch darin, neuen Wohnraum für die Berlinerinnen und Berliner zu schaffen.

Hochhausentwicklungs-
plan für Berlin

Damit das gelingen kann, möchten die Christdemo-kraten im Abgeordneten-haus, dass als nächstes ein Hochhausentwicklungsplan erarbeitet wird. Dieser soll klare Leitlinien enthalten. Als räumliche Schwerpunkte wer-den Standorte am S-Bahn-ring mit großen überörtlichen Stadtstraßen, der Alexander-platz und die City West ge-nannt.

Der
Estrel Tower
wird mit einer
Höhe von
176 m
das zweit-
höchste
Gebäude von
Berlin sein.

Der CDU-Fraktionsvorsit-zende Dirk Stettner, der auch beim Richtfest vor Ort war, macht deutlich, dass er sich mehr Hochhäuser wünscht: „Berlin sollte an einigen Stel-len eine deutlich höhere Sky-line mit prägenden Wolken-kratzern haben. Wir müssen unbedingt in die Höhe planen, um grüne Freiräume schützen zu können.“

Skyline Berlins wird
sich verändern

Wenn der Estrel Tower voraus-sichtlich im Sommer 2026 er-öffnen wird, dann sind auf 45 Etagen 522 Designer-Zimmer, Suiten und Apartments, 3800 m² Eventfläche sowie 9300 m² Coworking-Space entstanden. Eine Skybar hoch über den Dächern Berlins wird einen fantastischen Blick über die Skyline ermöglichen. Klar ist aber auch, dass sich die Ber-liner Skyline weiter verändern wird, sich vielleicht sogar ver-ändern muss. Das Potential dazu hat Berlin. Hoch hinaus. Radikal vertikal.

Berlin geht gegen Zwangsheiraten vor

Wissenschaftler sollen Themenfeld untersuchen und Präventions-möglichkeiten aufzeigen



Unter Zwangsheirat leiden besonders junge Frauen
und Mädchen Foto: IMAGO/Panthermedia

Mädchen und Frauen müs-sen über ihr Leben frei und selbstbestimmt entschei-den können. Berlin soll sich des-halb stärker gegen Zwangs-heiraten engagieren.

Die CDU-Fraktion hat im Berliner Parlament nun einen Antrag eingebracht, der eine wissenschaftliche Untersu-chung zum Ausmaß und zu Präventionsmöglichkeiten von Zwangsheiraten in der Haupt-stadt fordert. Die Ergebnisse sollen noch in diesem Jahr vorliegen und die Grundla-ge für die Entwicklung eines ganzheitlichen Ansatzes zur Bekämpfung und Prävention von Zwangsheiraten schaffen.

Vor allem Mädchen und
Frauen betroffen

Laut einer Abfrage des Ber-liner Arbeitskreises gegen Zwangsheirat sind im Jahr 2022 496 Fälle von drohender bzw. erfolgter Zwangsverhei-ratung in Berlin bekannt ge-worden. 90 Prozent der Be-

troffenen waren Frauen und Mädchen, meist im Alter zwi-schen 16 und 21 Jahren.

Dunkelziffer vermutlich
höher

Die Fraktionsmitglieder der CDU finden, dass die Be-fragungen bereits wichtige Erkenntnisse und Hinweise liefern, aber noch nicht das gesamte Ausmaß des Pro-blems abbilden könnten. Dies soll sich mit dem Forschungs-auftrag ändern. Expertinnen und Experten bestätigen das und gehen von einer weitaus höheren Dunkelziffer aus.

Schon im September 2025 sollen die Ergebnisse der Un-tersuchung der Öffentlichkeit vorgestellt und weitere Maß-nahmen angestoßen werden. Das zeigt, wie sehr bei die-sem wichtigen Thema, ganz im Sinne der Betroffenen, auf das Tempo gedrückt wird. Damit Frauen in Berlin wirk-lich frei und selbstbestimmt leben können.



Richtkrone und Kräne am Estrel-Turm



Die Bauherren Maxim und Ekkehard Streletzki
Fotos: CDU-Fraktion/Patrick Liesener



Bürokratieabbau: Kritik am rot-grün-roten Hygienegesetz bestätigt

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Sattelkau bringt Klarheit

Die Berliner Justizsenatorin Felor Badenberger (CDU) plant die Abschaffung des sogenannten „Saubere-Küchen-Gesetzes“. Das Gesetz, offiziell „Lebensmittelüberwachungstransparenzgesetz“, wurde 2023 unter der rot-grün-roten Koalition eingeführt und sollte durch verstärkte Transparenz bei Hygienekontrollen den Verbraucherschutz in Restaurants und Imbissen verbessern. Doch nun droht das Vorhaben zu scheitern – vor allem aufgrund erheblicher Umsetzungsprobleme und eines akuten Personalmangels in den Bezirksämtern.

Im Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses erklärte Justizstaatssekretärin Esther Uleer am Mittwoch: „Wir planen, dem Senat die Aufhebung des Gesetzes vorzuschlagen. Die Grundlagen für das Gesetz sind nicht vorhanden.“ Damit bestätigt sie eine Kritik, die bereits seit Langem von Bezirksämtern und Experten geäußert wird: Ohne ausreichendes Personal sind die vorgeschriebenen Kontrollen nicht umsetzbar.

Schriftliche Anfrage von Martin Sattelkau deckt Probleme auf

Der CDU-Abgeordnete Martin Sattelkau stellte eine schriftliche Anfrage an die Justizverwaltung, in der er detaillierte Informationen zur Umsetzung des Gesetzes sowie zu den bestehenden Problemen anforderte. Die Antwort des Senats verdeutlicht das Dilemma:

Die Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter der Bezirke kämpfen bereits mit einem gravierenden Personalmangel. In vielen Fällen konnten sie nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebenen Routinekontrollen durchführen.

Besonders alarmierend: Laut Angaben der Justizverwaltung wurden im Jahr 2023 in einigen Bezirken lediglich sieben Prozent der geplanten Hygienekontrollen durchgeführt. Die vorhandenen Ressourcen reichen nicht einmal



Genauer Hinsehen Foto: Gemini

aus, um die europäischen und bundesrechtlichen Mindeststandards einzuhalten – zusätzliche Transparenzkontrollen sind daher völlig unrealistisch.

Zudem gibt es rechtliche Probleme: Das Gesetz schreibt Nachkontrollen vor, während diese laut EU-Recht unangekündigt erfolgen müssten. Damit verstößt das „Saubere-Küchen-Gesetz“ in Teilen gegen geltendes EU-Recht.

Kaum Wirkung in der Praxis – Transparenzbarometer gescheitert

Die schriftliche Anfrage ergab zudem, dass das Gesetz in der Praxis kaum Wirkung gezeigt hat. Wie aus der Antwort der Justizverwaltung hervorgeht, wurde seit Inkrafttreten des Gesetzes nur ein einziges Transparenzbarome-

”

Wenn du nichts veränderst, wird sich auch nichts verändern!

Sparky Anderson

ter für Verbraucher veröffentlicht. Besonders deutlich wird das Scheitern, wenn man die Bezirke betrachtet:

- Sieben der zwölf Bezirke gaben an, im Jahr 2023 kein einziges Transparenzbarometer ausgestellt zu haben.
- Die restlichen fünf Bezirke machten dazu gar keine Angaben.

Damit bleibt das zentrale Ziel des Gesetzes – mehr Transparenz für Verbraucher – unerfüllt.

Kritik und Konsequenzen

Die Justizverwaltung argumentiert, dass selbst eine massive Personalaufstockung nur eine minimale Verbesserung bringen würde. Der Grund: Die Unterbesetzung der Bezirksämter ist strukturell bedingt.

Auch die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch äußerte bereits vor einem Jahr scharfe Kritik. Sie bezeichnete das Gesetz als „krachend gescheitert“ und hatte unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) bei allen Bezirksämtern nachgefragt, wie viele Barometer 2023 ausgeben wurden – mit ernüchterndem Ergebnis.

Angesichts der Umsetzungsprobleme plant die Justizverwaltung nun, die landesrechtlichen Fachstandards zu senken, um die Ämter zu entlasten. Der Fokus soll künftig auf der Einhaltung der EU- und Bundesvorgaben liegen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf zur Aufhebung des „Saubere-Küchen-Gesetzes“ soll in den kommenden Wochen dem Senat vorgelegt werden.

Hier ist der QR-Code zur schriftlichen Anfrage sowie den dazugehörigen Antworten:



Bürgersprechstunde mit vielen Fragen und lebhafter Diskussion

Abgeordneter Sattelkau setzt sich für mehr Klarheit ein

Bei der jüngsten Bürgersprechstunde von Abgeordnetem Sattelkau nutzten zahlreiche Bürger die Gelegenheit, ihre Fragen zu stellen. Ein zentrales Thema war dabei der Wunsch nach weiteren Fußgängerüberwegen sowie die Notwendigkeit, bestehende Querungsmöglichkeiten im Bezirk zu verbessern. Sattelkau betonte: „Um die Situation fundiert zu bewerten, benötigen wir zunächst einen vollständigen Überblick.“

Direkt im Anschluss an die Bürgersprechstunde reichte er daher eine schriftliche Anfrage im Abgeordnetenhaus von Berlin ein. Ziel ist es,



Abgeordnete Sattelkau in seiner Bürgersprechstunde

Foto: Team Sattelkau

detaillierte Informationen über den aktuellen Stand sowie die Planung von Fußgängerüberwegen in Treptow-Köpenick zu erhalten. Die Anfrage umfasst folgende Punkte:

- Anzahl der errichteten Fußgängerüberwege in den letzten zehn Jahren (2014–2024)
- Beantragte Querungshilfen im gleichen Zeitraum
- Derzeit geplante oder im Bau befindliche Querungshilfen
- Zeitrahmen für die Umsetzung beantragter Maßnahmen
- Barrierefreiheit der bestehenden Fußgängerüberwege

Das übergeordnete Ziel besteht darin, mehr Transparenz über den Ausbau sicherer und barrierefreier Fußgängerquerungen zu schaffen und den Planungsprozess für die kommenden Jahre nachvollziehbar zu machen.

Sattelkau sieht in den Bürgersprechstunden eine wertvolle Gelegenheit, direkt von den Anliegen der Bürger zu erfahren und parlamentarische Möglichkeiten für mehr Information und Transparenz aktiv zu nutzen.

Einladung zur Führung durch das Abgeordnetenhaus und den Bundesrat

Der Abgeordnete Martin Sattelkau lädt herzlich zu einer Führung durch das Abgeordnetenhaus von Berlin und den Bundesrat ein.

- ☛ Dienstag, 29. April 2025 13:00 Uhr
- 📍 Abgeordnetenhaus von Berlin & Bundesrat

Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, ist eine Anmeldung bis zum 11. April 2025 erforderlich. Bitte melden Sie sich per E-Mail an: buero@martin-sattelkau.de. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Einladung zur Führung durch das Abgeordnetenhaus und den Gropiusbau

Der Abgeordnete Martin Sattelkau lädt herzlich zu einer exklusiven Führung durch das Abgeordnetenhaus von Berlin und den Gropiusbau ein.

- ☛ Freitag, 27. Juni 2025 12:00 Uhr
- 📍 Abgeordnetenhaus von Berlin & Gropiusbau

Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl ist eine Anmeldung bis zum 12. Juni 2025 erforderlich. Bitte melden Sie sich per E-Mail an: buero@martin-sattelkau.de. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Immer informiert sein!

Über unsere Kieznachrichten liefern wir Ihnen aktuelle Informationen über unsere Arbeit direkt in Ihr Postfach.



Weitere Informationen finden Sie unter:
🌐 www.martin-sattelkau.de,
📷 www.instagram.com/martinsattelkau oder
📘 www.facebook.com/Dr.MartinSattelkau

Manchmal wird der Weg sehr lang

Rückblick und aktueller Stand zur Einrichtung einer Busanbindung für die Bergseite in Müggelheim

Ende 2023 machten Bürgerinnen und Bürger aus Müggelheim, insbesondere von der sogenannten „Bergseite“, den Abgeordneten Martin Sattelkau darauf aufmerksam, dass es für viele ältere Menschen äußerst beschwerlich ist, den Ortskern zu erreichen. Nicht nur sind die Gehwege oft in einem schlechten Zustand, auch die erheblichen Steigungswinkel auf dem Rückweg erschweren den Weg erheblich. Besonders problematisch wird es, wenn Einkäufe getragen oder mit einem Rollator transportiert werden müssen – für viele Menschen eine fast unüberwindbare Herausforderung.

Ein Bürger brachte es treffend auf den Punkt: „Da wird mir sehr bewusst, dass die erste und letzte Meile ein wesentliches Glied in der persönlichen Mobilität und der gesellschaftlichen Teilhabe sind.“

Engagierte Anwohnerinnen und Anwohner beteiligten sich aktiv an der Suche nach einer Lösung. So prüfte Frau A. M. persönlich die vorgeschlagene Routenführung auf räumliche und zeitliche Machbarkeit, und zahlreiche Nachbarn nahmen an der Umfrage von Martin Sattelkau teil.

„Ich kann Versagen akzeptieren, keiner ist perfekt. Aber was ich nicht akzeptieren kann ist, es nicht zu versuchen.“

Michael Jordan

Der politische Weg zum Antrag

All diese Bemühungen mündeten schließlich in einen Antrag der CDU-Fraktion an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick am 14.12.2023. Ziel war die zeitnahe Einrichtung einer neuen ÖPNV-Linie zur besseren Anbindung der Bergseite in Müggelheim.

Am 18.04.2024 wurde dieser Antrag von der BVV beschlossen (Beschlussnummer 0402/24/24, Drucksache IX/0620) mit folgendem Wortlaut: „Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass zeitnah eine ÖPNV-Anbindung für die Bergseite in Müggelheim eingerichtet wird. Dabei sollten

neben einer konventionellen Buslinie auch alternative Lösungen wie selbstfahrende Fahrzeuge oder Rufbussysteme wie Muva geprüft werden.“

Aus Sicht der Anwohner sollten insbesondere folgende Straßen in die Planung einbezogen werden:

- Ludwigshöheweg
- Enkenbacher Weg
- Berghauser Straße
- Hornbacher Weg
- Sobornheimer Straße
- Krampenburger Weg

Das ernüchternde Ergebnis

Am 31.01.2025 legte das Bezirksamt seinen Schlussbericht zu diesem Beschluss vor. Darin heißt es: „Das Anliegen wurde im Rahmen

der AG ÖPNV besprochen. Nach Angaben der BVG ist der vorgeschlagene Linienverlauf aufgrund der Straßenbedingungen mit regulären Linienbussen schwer umzusetzen. Möglicherweise wäre der Einsatz von Kleinbussen eine Lösung, die jedoch einer genaueren Prüfung bedarf. Eine kurzfristige Umsetzung ist nicht denkbar.“

Diese Stellungnahme sorgt für Unverständnis. Warum kann eine genauere Prüfung nicht kurzfristig erfolgen? Dies ist für ihn nicht nachvollziehbar – ebenso wenig für viele betroffene Bürgerinnen und Bürger, die auf diese Verbindung dringend angewiesen sind.

Der Kampf geht weiter

Die Verzögerung ist eine große Enttäuschung, doch Sattelkau gibt nicht auf: Er setzt sich nun dafür ein, das Anliegen auf Landesebene einzubringen. Es liegt also noch ein langer Weg vor Herrn Dr. Sattelkau, bis notwendige Maßnahmen für die Bürger Realität werden.

BSR-Kieztage in Treptow-Köpenick

Gemeinsam für ein sauberes Wohnumfeld

Die BSR-Kieztage sind eine tolle Möglichkeit, um Sperrmüll und Sondermüll loszuwerden und gleichzeitig etwas für die Umwelt zu tun. In vielen Bezirken werden die BSR-Kieztage gut angenommen, aber in Treptow-Köpenick gibt es noch Verbesserungspotenzial.

Warum sind BSR-Kieztage wichtig?

- **Saubere Umwelt:** BSR-Kieztage tragen dazu bei, dass unsere Kieze sauberer und ordentlicher werden. Sperrmüll und Sondermüll werden fachgerecht entsorgt und landen nicht auf der Straße oder im Wald.
- **Sicherheit:** Entrümpelte Keller reduzieren die Brandlast in Gebäuden und erhöhen somit die Sicherheit für alle Bewohner.



Sperrmüllabfuhr: Ordnung, Sauberkeit und Verminderung der Brandlast Bild: gemini

Politische Unterstützung

Martin Sattelkau, Ihr direkter gewählter Abgeordneter, setzt sich dafür ein, dass die BSR-Kieztage in Treptow-Köpenick ausgebaut werden. Er hat eine schriftliche Anfrage an das Berliner Abgeordnetenhaus gestellt, um den Druck auf den Bezirk zu erhöhen, mehr für die Abfallvermeidung und Abfallbeseitigung zu tun.

Gemeinsam können wir Treptow-Köpenick noch sauberer und lebenswerter machen!

Weitere Informationen zu den BSR-Kieztagen finden Sie mit dem QR Code:



MARTIN SATTELKAU
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Haben Sie Themen in Altstadt/Kietz, Allende-Viertel, Wendenschloß, Müggelhort oder Müggelheim?
Ihr Abgeordneter Martin Sattelkau ist für Sie da!

Ich bin für Sie da:
Bürgerbüro von Martin Sattelkau
📍 Grünstraße 4 | 12555 Berlin
☎ 0177 3034566
✉ kontakt@msattelkau.de



Schneller, besser, einfacher: Berlins Verwaltung erfindet sich neu

Zielgerade für eines der wichtigsten Reformvorhaben für Berlin erreicht

Annika aus Tempelhof-Schöneberg ist begeisterte Leichtathletin, freut sich schon auf den 51. Berlin-Marathon am 21. September. Was sie nicht ahnt: Die Vorbereitungen für dieses sportliche Großereignis sind immer wieder immens. Jeder Bezirk, durch den die Laufstrecke führt, muss vorher seine Genehmigung geben. Doch das und vieles andere soll künftig leichter und einfacher werden.

Der Senat hat mit seinem Gesetzentwurf zur Verwaltungsreform die Weichen für eine bessere Organisation, klare Zuständigkeiten und weniger Bürokratie in den Berliner Behörden gestellt. Es ist das wohl wichtigste Reformprojekt der schwarz-roten Koalition mit Beteiligung und Unterstützung der Opposition.

Klare, verbindliche Aufgabenverteilung

Im Kern geht es um klare und verbindliche Aufgabenverteilung



Chefsache Verwaltungsreform: Berlins Regierender Kai Wegner und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

4000 Punkte

klarer und verbindlicher Aufgabenverteilungen zwischen Senat und Bezirken umfasst der Katalog.

lungen zwischen dem Senat und den Bezirken. Hierzu wird ein Katalog entwickelt, der bisher mehr als 4000 Punkte umfasst. Gleichzeitig wird die gesamtstädtische Steuerung durch Entscheidungen der Landesbehörden gestärkt. Auf diese Weise soll das ärgerliche Hin- und Herschieben von Verantwort-

lichkeiten endlich beendet werden, vielen Berlinern auch als „Behörden-PingPong“ bekannt.

Damit Berlin wieder besser funktioniert

Diese gewaltige Anstrengung dient dem großen Ziel der CDU-Fraktion: Berlin soll wieder besser funktionieren. Als nächstes wird die Gesetzesvorlage im Rat der Bürgermeister beraten und dann endgültig vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen werden. Für die nötigen Verfassungsänderungen ist eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich.

Es läuft also gut für die Berliner, auch für Annika. Sie hofft auf eine neue persönliche Marathon-Bestmarke von unter vier Stunden.

Berlins Finanzämter mit Tempo

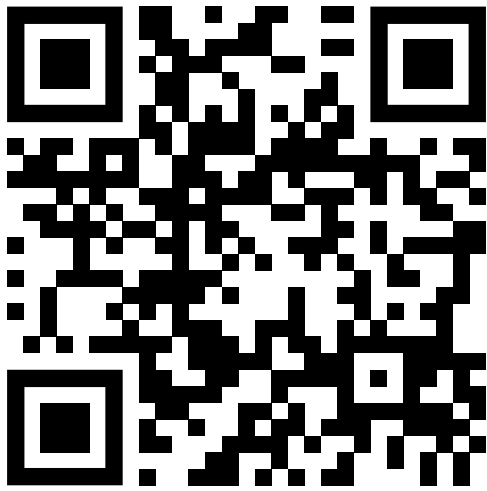
47,2 Tage dauerte im Schnitt die Bearbeitung einer Steuererklärung durch Berliner Finanzämter (Vergleichszeitraum des Vorjahres: 51,4 Tage). Mit diesem Tempo liegt die Behörde im bundesweiten Vergleich auf Rang 4.

E-Akte statt Papierberge

Die elektronische Akte ist in der Berliner Justizverwaltung auf dem Vormarsch. Die hunderttausendste E-Akte ging an den Zivilgerichten an den Start. 2025 soll auch die Einführung an Berlins Strafgerichten das Ende des Papierstapels einläuten.



Behörden: Papier war gestern Foto: IMAGO/Zoonar



QR-Code scannen oder unter:
www.klartext-berlin.de

Jetzt auch
DIGITAL
lesen, was
euch nützt!

Aktuelles aus der Stadt,
eurem Kiez & unserem
Berliner Parlament.

klartext

Nach der Bundestagswahl 2025: Wie sich unser Land verändern muss

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

Unser Land steht vor einem Neuanfang – den wir dringend brauchen. Die bürgerliche Mitte muss zusammenstehen. Deutschland ist die drittgrößte Wirtschaftsnation der Welt, doch unser Land hat sich in den vergangenen Jahren zu sehr mit Nebensächlichkeiten beschäftigt und dabei vergessen, was unseren Wohlstand geschaffen hat und alle sozialen Leistungen finanziert.

Wir investieren seit Langem zu wenig in unsere Zukunft – und damit in die Zukunft unserer Kinder. Das muss sich ändern. Unser Wohlstand ist weder selbstverständlich noch garantiert. Als eine der reichsten Nationen der Welt stehen wir in einem globalen Wettbewerb – um die besten Ideen, die innovativsten Produkte, aber auch um das beste soziale Miteinander, um gelebte Toleranz und um ein tiefes Verständnis für die Stärken und Schwächen jedes Einzelnen.

Genau darin liegt die Herausforderung dieses Neuanfangs: Leistung muss sich

wieder lohnen. Wer früh aufsteht und den ganzen Tag hart arbeitet, muss deutlich mehr verdienen als derjenige, der es nicht tut. Unser Sozialstaat soll dafür sorgen, dass es allen gut geht – aber nicht dafür, dass am Ende alle gleich schlecht dastehen.

Auch in Berlin brauchen wir Wachstum und Leistung. Ohne wirtschaftlichen Erfolg gibt es keine neuen Wohnungen, keine neuen Arbeitsplätze, keine Möglichkeit für einen starken sozialen Ausgleich. Freiheit, Wohlstand und Sicherheit entstehen durch Leistung – und genau diese Leistung wird in Deutschland und Berlin oft zu wenig anerkannt, zu selten belohnt und zu häufig durch Bürokratie ausgebremst. Verantwortung wird weggeschoben, statt sie zu übernehmen.

Deshalb setzen wir unter christdemokratischer Führung auf eine wirtschaftspolitische Wende. Wir stärken den Mittelstand, entlasten unsere selbstverantwortlichen Unternehmer und unterstützen da-



Nach der Wahl Blick nach vorn:
Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern
in Berlin und im Land
Foto: IMAGO/Bonn.digital

mit das Herzstück unserer sozialen Marktwirtschaft. In Berlin sorgen wir für klare Zuständigkeiten im öffentlichen Dienst, fördern gutes Verwaltungshandeln, legen Wert darauf, dass die Verantwortlichen auch handeln und beenden das Abwälzen von Verantwortung. Die Verwaltung ist für die Menschen da – nicht umgekehrt. Das müssen wir auf allen Ebenen sicherstellen.

Auch die Politik selbst muss wieder Leistung bringen. Wir sind nicht gewählt worden, um zu verwalten, sondern um zu gestalten. Ich verstehe Ihre Ungeduld – und teile diese. Deshalb arbeiten wir intensiv daran, überall die Voraussetzungen für Leistung und deren Anerkennung zu schaffen: in der Bildung, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur. Ungezielte Geldverteilung nach dem Gießkannenprinzip können und wollen wir uns nicht leisten.

Seit knapp zwei Jahren arbeiten wir daran, Berlin wie-

der in Schwung zu bringen und falsche Versorgungsmentalität hinter uns zu lassen. Die Chancen sind da: Unser Mittelstand, unsere Arbeitgeber und unsere Arbeitnehmer gehören weltweit zu den besten. Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Wenn wir in unsere Infrastruktur investieren, schaffen wir neues Wachstum, sichern unseren Wohlstand und sorgen für einen fairen sozialen Ausgleich.

Daran arbeiten wir – und wir brauchen jede und jeden, die mithelfen wollen, diese Chancen zu nutzen. Wenn Sie dabei sein wollen, melden Sie sich bei mir.

Noch einmal: Die bürgerliche Mitte muss gemeinsam für den nötigen Schwung sorgen.



Dirk Stettner
Fraktionsvorsitzender
Foto: Yves Sucksdorf

Region, Gebiet	berl.: zittern, frieren	Teil eines Theaterstückes	Ortsteil von Berlin	ugs.: unartiges Kind	Verhältniswort	schweiz. männl. Vorname	geistliches Lied (A. T.)	Faserpflanze	„Eismensch“	Zeitschmack	Mineral, Schmuckstein	Ausruf der Schadenfreude	Ortsteil von Berlin	heißes Rumgetränk	kleines, flaches Segelboot	Zuruf an Zugtiere	Telefonat	Araberfürst
44. US-Präsident (Barack)				berl.: Prügel					Haar der Angora-ziege					Berliner Original (Harald) † 2005				
Zarenname						Wacholderbranntwein	Gift der Tollkirsche					10	Holzblasinstrument			Sportsprache: Tempo (engl.)	Periskop (U-Boot)	
			6	häufiger Flussname in Bayern	Spiegelung auf Flächenlicht			8	berl.: finster, dunkel					Witterung, über lange Zeiträume betrachtet		Disney-Tierfigur: ... und Strolch		
Zeit des Lebens: mein/dein ...	Gemüsepflanze	Wort der Ablehnung	männl. Vorname				Oper v. Beethoven						ein Balte	Gerät zum Teppichsäubern				16
Stallhase				13												Mittelpäuerin	Altwaren, Kram	Lale
	2			früher: Kammermädchen	Windseite des Schiffes	Abzählreim: ... me, muh								Nachlass empfangen	weibl. Vorname			
frz. Maler (Claude) † 1926	Wärmepender	Gefängnisraum							jeder-mann	Bußbereitschaft			15		Halbaffe	ugs. Ausruf des Erstaunens	14	
span. Autorennfahrer (Fernando)	chemische Verbindung	Radmittelsstück	Ex-Trainer b. Hertha BSC (röm. Name Frankreichs)										griech. Göttin, Zeus-Gemahlin	Handballteam aus Reinickendorf	miteinander verbunden			
berl.: frecher Junge					Herbstblume	Fahrtwind, Lüftchen							mit dem Besen reinigen			verschönerndes Beiwerk	Gewächs im Wald	
			Blattwerk Gebirgsweide											Inselstaat im Pazifik	asiat. Buckelrind			
Hauptstadt des Jemen	Orchestermitglied Musikstil der 60er	5		portugies. Insel	Aufforderung, etwas zu nehmen								ugs. Spaß (engl.)	Geleiter		Staat in Südamerika	Angehöriger eines nordamerik. Stammes	Spionin
andauernde Hundelaute	Flüssigkeitszerstäuber	uner-messlich Moorbad a. Staffelsee											Gruppe, Abteilung	Dieneruniform	erstklassig, hervorragend			
bestimmte Spielkarte			Opernlied									ein Ost-europäer Mess-ergebnisse			9	steigern, verbessern	rein, nach Abzug	
	11		scharfe Kante	Acker-grenze	römi-scher Liebes-gott	neunte Tonstufe	Segel am hinteren Schiffsmast	junger Hotel-dienstler	Farbe	Bauernhof in den USA	besitzanzeigendes Fürwort, 2. Person				schweiz.-frz. Fluss Nussinneres			
Hilfe, Mitwirkung	kurz für: an das	ein europ. Urein-wohner					akade-mischer Titel (Kurz-w.)				grob, ungehobelt	dt. Komponist (Werner) † 1983	1	Hühner-junges				
Rotwein-bowle					Hauptstadt von Russland					Schlagader						Nacht-lager	7	
			Staat der USA				Eigen-art, Cha-rakter						3	Schweizer Kartoffel-pelisse				
Strom in Ost-sibirien	orient. Herrscher-titel				Sport-wettbewerb	4				berl.: im Ge-heimen reden						ein Edelgas		

Gleich scannen & mehr erfahren:



Oder besuchen Sie: www.cdu-fraktion.berlin.de für Informationen zu unseren Ideen im Parlament.



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

Berlin wird sicherer: drei Waffen- und Messerverbotzonen

Senat erfüllt damit eine langjährige Forderung der Berliner CDU-Fraktion

Berliner sollen sich in allen Teilen der Stadt sicherer fühlen. Dazu müssen auch kriminalitätsbelastete Orte entschärft werden. Auf Initiative der CDU-Fraktion Berlin hat der Senat daher drei Waffen- und Messerverbotzonen dauerhaft ausgewiesen. Sie gelten seit dem 15. Februar im Görlitzer Park, am Kottbusser Tor und am Leopoldplatz.

Verbot von Waffen aller Art

Dort sind jetzt Waffen und Messer in jeder Form untersagt: Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen ebenso wie Taschen- und andere Messer. Diese Beschränkung gilt auch für diejenigen, die einen sogenannten kleinen Waffenschein vorweisen können. Bei Zuwiderhandlung drohen empfindliche Geldstrafen bis zu 10.000 Euro.

Die drei Standorte sind mit Bedacht ausgewählt. Görlitz, Leo und Kotti haben sich unter Grünen-Verantwortung in den Bezirken in den letzten Jahren immer mehr zu Drogen-Umschlagplätzen entwickelt. Die Lage hatte sich zuletzt auf unerträgliche Weise zugespitzt.

Unerträgliche Zuspitzung

„Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass viel

Bis zu
10.000 €

Geldstrafe drohen bei
Zuwiderhandlung in
den Waffen- und
Messerverbotzonen
am Görlitzer Park,
Kottbusser Tor
und Leopoldplatz.



Verbotzone Görlitz: Berlins gefährlicher Drogen-Park
Foto: IMAGO/Emmanuele Contini



Keine Waffen, keine Messer auch am Leopoldplatz
Foto: IMAGO/Jürgen Ritter



Kottbusser Tor: sicherer durch das Waffenverbot
Foto: IMAGO/Berlinfoto

zu viele Messer im Einsatz sind“, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner. „Daher ist es richtig, jetzt auch mit Verbotzonen dagegen vorzugehen.“

Ausweitung möglich

Erstmal gelten diese nur für drei Gebiete, weitere könnten folgen. Berlin sei fest entschlossen, die Messer- und Waffengewalt Schritt für Schritt weiter einzudämmen, so der Regierende Wegner. „Messerverbote müssen aber auch durchsetzbar und kontrollierbar sein.“

Clan-Kriminalität: Kampf gegen illegale Spielautomaten

Es geht um Sicherstellung von illegalen Einkünften in Millionenhöhe

Clan-Kriminellen die illegalen Gewinne einstreichen – das ist das erklärte Ziel der CDU-Fraktion und des Berliner Senats. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat unter CDU-Justizsenatorin Felor Badenberg im vergangenen Jahr rund 8,7 Millionen Euro Vermögen von Kriminellen abgeschöpft, insbesondere von arabischen Clans. In diesem Jahr rechnen Experten mit einer Steigerung.

Dazu soll der Fokus bei Gewerbekontrollen verschärft werden, insbesondere auf den Handel mit E-Zigaretten und Spielautomaten. Also auf genau die Geschäftsfelder, die die Organisierte Kriminalität (OK) immer stärker nutzt.

Einziehung der Gewinne statt nur Bußgelder

Der wirtschaftliche OK-Schaden durch nicht erbrachte Steuern und Abgaben ist für Berlin immens und lag im Jahr 2023 bei rund 57 Millionen Euro.

Höchste Zeit also zu handeln. So sollen mit neuen Sanktionsmethoden mehr illegale Gewinne als bisher



Steuerfahnder im Einsatz: Jagd nach illegalen Clan-Gewinnen
Foto: IMAGO/Funke Foto Services

8,7 Mio. €

Vermögen wurde 2024
von Kriminellen abgeschöpft –
Prognose steigend.

abgeschöpft werden. Bisher wurden bei Verstößen vorwiegend Bußgelder verhängt, künftig sollen sogenannte Einziehungsbescheide erlassen werden.

Was das bedeutet, zeigt sich am Beispiel illegaler Spielautomaten. Das Bußgeld beträgt hier lediglich 500 Euro, wovon Kriminelle dann auch noch verschiedene Kosten wie Mieten, Instandhaltung und Strom abziehen können, also leicht zu verkraften ist.

Solche Abzüge sind bei einem Einziehungsbescheid allerdings nicht möglich. Mehr noch: Es werden alle Einnahmen einbezogen, die während der gesamten Standzeit

entstanden sind. Je Jahr und Gerät sind das rund 100.000 Euro, die beschlagnahmt werden können.

Vorhaben mit breiter Unterstützung

„Wir wollen kriminelle Banden dort treffen, wo es wehtut“, sieht sich Senatorin Badenberg auf dem richtigen Weg. Zoll, Landeskriminalamt, das Finanzamt, auch die meisten Bezirke wollen bei diesem Modellprojekt mitziehen und ihr Vorgehen miteinander abstimmen – nur das mehrheitlich von den Grünen geführte Friedrichshain-Kreuzberg nicht.

Was kann Berlin tun gegen aufflammenden Antisemitismus?

Experten für die überparteiische Enquete-Kommission stehen fest

Die von der CDU-Fraktion initiierte Enquete-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit geht an den Start. Jetzt steht fest, welche Sachverständigen die Abgeordneten in diesem Gremium beraten, darunter unter anderem der israelisch-deutsche Psychologe Ahmad Mansour.

Empfehlungen für mehr Zusammenhalt

Mansour ist ein bundesweit anerkannter Experte für Extremismusprävention. Geboren in Israel, lebt er seit 2004 in



Ahmad Mansour, Experte für Extremismusprävention Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Deutschland. In vielen Büchern hat er sich mit dem grassierenden Antisemitismus, der gesellschaftlichen Radikalisierung und dem Islamismus in Deutschland befasst. Er und seine Kollegen sollen Empfehlungen erarbeiten, wie Vorurteile und Antisemitismus vermieden, der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden können.

Wissenschaftler beteiligt

Der Kommission gehören darüber hinaus der Antisemitismusforscher Marcus Funck (Freie Universität Berlin) und

der Politikwissenschaftler Stephan Grigat (Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien an der Katholischen Hochschule NRW) an.

Ebenso berufen wurden unter anderem die Erziehungswissenschaftlerin Maischa-Maureen Auma von der Hochschule Magdeburg-Stendal, die Politikwissenschaftlerin und Extremismus-Expertin Barbara Zehnpfennig, der Sozialwissenschaftler Cihan Sinanoglu vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung sowie die Expertin für Extremismusprävention Jamuna Oehlmann.

Weltzeituhr wieder im Takt

Nach dem Unfall mit einem Kastenwagen ist die 1969 aufgestellte Weltzeituhr auf dem Alexanderplatz repariert. Ein Metallbauunternehmen erneuerte die beschädigten Platten. Die Kosten von 23.000 Euro übernahm die Versicherung des Unfallverursachers.



Weltzeituhr am Alex Foto: IMAGO/Emmanuele Contini



Neue sportliche Höhepunkte für Berlin

Vorfreude begleitet den Sportpolitischen Empfang der CDU-Fraktion

Berlin zeigt sich sportlich weiter in Höchstform: Das Olympiastadion wird 2025, 2027 und 2029 Gastgeber für drei Spiele der US-amerikanischen National Football League (NFL). Die Sport-Hauptstadt Deutschlands bewirbt sich als Austragungsort der Frauen-Fußball EM 2029 und für die Olympischen Spiele.

Freuen können wir uns auch auf viele elektronische Spiele-Wettkämpfe. Die erwartete Potentialstudie Berlins soll nicht nur die positiven wirtschaftlichen Aspekte dieser boomenden Branche, sondern auch offene Fragen im Jugendschutz betrachten.

Das alles sorgt sicher für gute Laune bei den sportbegeisterten Berlinern und begleitete den sportpolitischen Empfang mit mehr als 200 Gästen, zu dem kürzlich die CDU-Fraktion Berlin mit ihrem sportpolitischen Sprecher



Breite Zustimmung für eine Olympiabewerbung Berlins! Von links: Kaweh Niroomand, Sprecher der Berliner Profivereine, Thomas Härtel, Präsident des Landessportbundes, Stephan Standfuß, stellv. Vorsitzender und sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Natascha Keller, Olympia-Goldmedaillengewinnerin, Dr. Harry Bähr, Olympiastützpunktleiter Fotos: Karim Bouhageb

Stephan Standfuß eingeladen hatte.

Vertreten waren alle Schlüssel-Akteure der großen Vereine Berlins, da es sich Jahr für Jahr um eines der wichtigsten Treffen dieser Art in Berlin handelt. Stephan Standfuß moderierte eine spannende Diskussionsrunde mit Expertinnen und Experten zu einer Bewerbung der Sportmetropole Berlin für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036 oder 2040. Mit Berlin an der Spitze werden gute Chancen gesehen, in einem der beiden Jahre Olympia nach Deutschland zu holen.



Auch sportlich konnten sich die Gäste betätigen. Hier: Stephan Standfuß beim Sieg gegen virtuelle Gegner an der Rudermaschine

☒ **Nicht verpassen!**

Die nächste Ausgabe von **klartext** erscheint Mitte Mai 2025

Termine

Bürgerdialoge der CDU-Fraktion Berlin

Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Dirk Stettner und den folgenden Abgeordneten können Sie zum jeweiligen Termin zu Ihren Themen diskutieren. Alle Informationen erhalten Sie unter: www.kuemmer-tour.de.

KÜMMERTOUR BÜRGERDIALOG

02.04. (Mi.) Kümmer-Tour Pankow Nord
Mit dem Abgeordneten Lars Bocian für Rosenthal, Wilhelmsruh, Blankenfelde, Niederschönhausen und Französisch Buchholz

30.04. (Mi.) Kümmer-Tour Schöneberg
Mit der Abgeordneten Katharina Senge für Schöneberg

08.05. (Do.) Kümmer-Tour Lichterfelde
Mit der Abgeordneten Cornelia Seibeld für Lichterfelde-Ost und -Süd

14.05. (Mi.) Kümmer-Tour Charlottenburg
Mit der Abgeordneten Aldona Niemczyk für Charlottenburg

Auflösung Kreuzworträsel S.6

■ Z ■ B ■ S ■ U ■ P ■ O ■ S ■ P ■ G ■ H ■ A ■ A ■
■ O ■ B ■ A ■ M ■ D ■ R ■ E ■ S ■ C ■ H ■ E ■ M ■ O ■ H ■ A ■ I ■ R ■ J ■ U ■ H ■ N ■ K ■ E ■
■ N ■ I ■ K ■ O ■ L ■ A ■ U ■ S ■ A ■ M ■ A ■ T ■ R ■ O ■ P ■ I ■ N ■ O ■ B ■ E ■ R ■ M ■
■ L ■ E ■ T ■ A ■ G ■ R ■ E ■ G ■ L ■ A ■ N ■ Z ■ D ■ A ■ K ■ I ■ G ■ I ■ S ■ U ■ S ■ I ■
■ S ■ B ■ B ■ A ■ C ■ H ■ I ■ M ■ F ■ I ■ D ■ E ■ L ■ I ■ O ■ K ■ L ■ O ■ P ■ F ■ E ■
■ K ■ A ■ N ■ I ■ C ■ H ■ E ■N ■ W ■ E ■ L ■ L ■ E ■B ■E ■■
■ M ■ O ■ N ■ E ■T ■H ■E ■N ■ S ■T ■L ■ P ■E ■T ■R ■A ■
■ H ■H ■I ■Z ■E ■L ■L ■E ■T ■E ■M ■P ■O ■D ■R ■O ■M ■
■ A ■L ■O ■N ■S ■C ■H ■U ■N ■ H ■E ■R ■A ■L ■O ■H ■A ■
■ S ■C ■C ■C ■A ■V ■R ■E ■■ S ■C ■L ■I ■T ■E ■T ■
■ B ■E ■N ■G ■E ■L ■E ■■ F ■E ■G ■E ■N ■D ■E ■
■ S ■A ■N ■A ■L ■A ■U ■B ■■ F ■U ■N ■M ■M ■Z ■E ■B ■U ■
■ S ■B ■L ■A ■E ■S ■E ■■ S ■E ■J ■U ■B ■I ■L ■A ■R ■
■ G ■E ■B ■E ■L ■L ■T ■H ■I ■■ S ■C ■H ■A ■R ■B ■E ■U ■
■ S ■C ■C ■I ■M ■M ■E ■S ■■ H ■E ■P ■P ■R ■I ■M ■A ■
■ D ■A ■M ■E ■M ■A ■R ■I ■E ■■ S ■L ■A ■W ■E ■R ■R ■G ■
■ Z ■U ■T ■U ■N ■D ■M ■M ■M ■M ■M ■M ■M ■D ■E ■I ■N ■R ■H ■O ■N ■E ■
■ E ■B ■R ■■ G ■E ■R ■M ■A ■N ■E ■■ P ■R ■O ■F ■A ■■ V ■K ■U ■E ■K ■E ■N ■
■ S ■A ■N ■G ■R ■I ■A ■M ■M ■O ■S ■K ■A ■U ■■ A ■R ■T ■E ■I ■E ■M ■B ■E ■T ■I ■
■ L ■E ■N ■A ■■ A ■R ■I ■Z ■O ■N ■A ■■ G ■E ■P ■R ■A ■E ■G ■E ■R ■O ■E ■S ■T ■I ■
■ S ■U ■L ■T ■A ■N ■B ■E ■N ■N ■E ■■ M ■U ■N ■K ■E ■L ■N ■■ N ■E ■O ■N ■
V ■O ■G ■E ■L ■Z ■W ■I ■T ■S ■C ■H ■E ■R ■

IMPRESSUM

klartext
Zeitung zur Stadt Berlin, Ihrem Kiez und dem Berliner Parlament

CDU-Fraktion Berlin
Preußischer Landtag, 10111 Berlin
☎ Telefon: (030) 23 25 21 28
✉ klartext@cdue-fraktion.berlin.de
🌐 www.cdu-fraktion.berlin.de

V.i.S.d.P.: Heiko Melzer
Bildredaktion: Patrick Liesener, Martin Bremer
Editorial Design, Layout, Satz & Produktion: Martin Bremer
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag
Verteilung: Deutsche Post AG

Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.